Nummer 193 - 19. Jahrgang — Donnerstag, den 23. August 1923

Oberschlesische Zeitung

Sonntagnummer 60000 M. — Das Volksblatt für Stadt und Land — Einzelnummer 50000 M

Erscheint werktags. Bezugspreis freibleibend. Ausgabe A mit illustrierter Beilage monatl 485000 Mk. Ausgabe B ohne illustrierter Beilage monatl. 475000 Mk. Anzeigengebühr: Lokalanzeigen: Die 10spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 20000 Mk. Oberschlesien: 28000 Mk. Außerhalb Oberschl. 40000 Mk. Reklamezeile zum 75000 Mk.

Redaktions-Fernruf Beuthen 459 — Pro fide et patria — Geschäftsstellen-Fernruf Beuthen 56 — Redaktion und Geschäftsstelle Beuthen O.-S., Piekarerstraße 9.

Zuchthausstrafe für Nichtablieferung von Devisen?

Neueste Nachrichten.

„Derniere Heure" zufolge trifft die belgische Note erst am Freitag oder Sonnabend in London ein. Dasselbe Blatt meldet, daß der Ministerrat gegen die Veröffentlichung des Graubuches keine Einwendungen mache und daß das Graubuch am Donnerstag in Druck gehen soll.

Reichskanzler Dr. Stresemann empfing gestern vormittag Vertreter der führenden Wirtschaftsverbände zu einer Aussprache über die in Aussicht stehenden wirtschaftlichen Verordnungen der Reichsregierung, besonders über die Schaffung eines Devisenfonds.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, laufen die Zeichnungen auf die Goldanleihe in befriedigender Weise ein. Namentlich in den letzten Tagen ist das Resultat besonders günstig.

Von heute ab ist für Großberlin der Preis für markenfreies Brot auf 400 000 Mk. erhöht worden.

Die Devisenbeschaffungsstelle gibt über den Londoner Goldpreis gemäß § 2 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. 6. bekannt: Der Londoner Goldpreis beträgt für eine Unze Feingold 90 sh. 9 d für ein Gramm Feingold demnach 35. old.

Die heute im Reichsarbeitsministerium über die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne gepflogenen Verhandlungen haben, wie die T. U. erfährt, noch zu keinem Ergebnis geführt. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt werden.

Nach einer Meldung aus Bagdad herrscht sowohl in Persien wie in Mesopotamien eine starke Cholera-Epidemie. In Persien habe man bis jetzt 740 Tote, in Mesopotamien 79 Tote gezählt, davon eine Anzahl in Bagdad.

Die Gemeinderatswahlen in Jugoslavien sind allgemein für die Regierungsparteien günstig ausgefallen; namentlich in Belgrad erlangten sie eine ansehnliche Mehrheit.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat aus Gesundheitsrücksichten zum Gebrauch einer Kur einen kurzen Urlaub angetreten. Seine Vertretung führt Ministerialdirektor Dr. Ritter.

Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner droht.

München, 22. August. Die Landesstelle Bayern der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner hat in München eine Entschließung angenommen, die eine Erhöhung des Reallohnes und eine einmalige den Zeitverhältnissen entsprechende Teuerungszulage fordert, mit der Androhung, daß im anderen Falle keine Garantie mehr übernommen werden könne, den Dienstverpflichtungen Rechnung zu tragen.

Bayern schreitet zu Taten.

München, 22. August. Ein mehrstündiger Ministerrat, der heute unter dem Vorsitz der Führer der Koalitionsparteien stattfand, wurden eine Reihe wichtiger Beschlüsse zur Behebung der Ernährungslage gefaßt. Sie beziehen sich auf die Erfassung der noch vorhandenen Vorräte der alten Ernte. Ferner auf die Sicherstellung der neuen Ernte für das Wirtschaftsjahr 1923—24, auf eine erhebliche Verschärfung der Vorschrift über die Zulassung zum Handel und die Sicherung der Lebensmittelerzeugung für den Verbrauch im Inlande.

Die Hoffnung der Reichsregierung

Berlin, 23. August. Die Reichsregierung hofft durch die Notverordnung 200 bis 300 Millionen Goldmark an Devisen heraus holen zu können, um daraus den schon mehrfach erwähnten Fond zu schaffen, mit dessen Hilfe man die Mark stützen und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherstellen will. Die Vertreter der Koalition billigten gestern beim Empfang in der Reichskanzlei die in der Verordnung getroffenen Bestimmungen, ja, es wurden sogar Wünsche laut, die Verordnung, zumal in den Strafbestimmungen, noch zu verschärfen.

Berlin, 23. August. Nach der gestrigen Unterhaltung mit den Industriellen empfing der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding und der Reichswirtschaftsminister Dr. von Neumer die Parteiführer. Laut Vorwärts schilderte der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister die gegenwärtige wirtschaftliche Situation, besonders die traurige Finanzlage des Reiches. Die Regierung werde gegebenenfalls vor diktatorischen Maßnahmen, die der Rettung Deutschlands dienen könnten, nicht zurückschrecken. Die Ablieferung der Devisen zur Bildung eines Devisenfonds sei jetzt dringend erforderlich. Jeder Vermögenssteuerpflichtige müsse gegen eine Anleihe Devisen ausliefern. Es werde eine eidesstaatliche Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes abgegeben werden müssen, die im Zweifelsfalle durch den Eid ersetzt werde. Für falsche Angaben oder Unterlassungen von Angaben seien die für den Meineid geltenden Strafen in Aussicht genommen. Außerdem werde das Vermögen konfisziert. Die Verordnung über die Devisenabgabe wird in kürzester Frist vorgelegt werden. Die Parteiführer billigten die Maßnahmen der Regierung in vollem Umfange.

Papiergeldhilfe für die Gemeinden.

Berlin, 23. August. In einer gemeinsamen Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers vom 20. August dieses Jahres werden die Regierungspräsidenten ermächtigt, bis spätestens zum 20. August an die Gemeinden (Gemeindeverbände) für das Rechnungsjahr 1922 einen Betrag von 2160 vom Hundert des Einkommens 1919 (16fache Garantiesumme für 1920) zur Auszahlung zu bringen. Die erforderlichen Mittel sind unter Berücksichtigung der etwa notwendigen Ausgleichungen an den Minister des Innern bis zum 4. September dieses Jahres unmittelbar anzufordern. Die Termine sind genau inne zu halten.

Die bedrohte deutsche Kulturschicht.

Berlin, 23. August. Der Reichskanzler hat den Arbeitsausschuß der neugegründeten Schutzkontrolle für die notleidenden Kulturschichten Deutschlands empfangen. Der Reichstagsabgeordnete Everling richtete als Präsident des Arbeitsausschusses die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers darauf, daß der gebildete deutsche Mittelstand unter der allgemeinen Not am schwersten leide. Der Reichskanzler erinnerte in seiner Erwiderung an eine vor kurzem von ihm im Reichstag gehaltenen Rede, in der er an die Adresse Frankreichs den Vergleich richtete, wer wohl mehr verloren hätte, ein Volk, das in seinen Provinzen die Ruinen von Fabriken oder Wohnhäusern zu beklagen habe, die in wenigen Jahren wieder aufgebaut werden könnten, oder ein Volk, das die Träger seines Kulturlebens verloren habe, wie es in Deutschland der Fall sei. Dieser Verlust, zu dessen Ersetzung Deutschland sehr viel längere Zeit gebrauche, als zum Aufbau von Ruinen, sei untragbar. Der Reichskanzler erklärte, daß es Pflicht des Staates sei, dieser Schicht in erster Linie beizustehen.

Der Kampf um den wertbeständigen Lohn.

Berlin, 23. August. In der Zentralarbeitsgemeinschaft fanden gestern zwischen Vertretern der Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaftsvertretern erneut eine Besprechung über die Frage statt, ob sich eine brauchbare Methode der Wertbeständigmachung des Einkommens der Angestellten und Arbeiter finden lasse. Dabei wurden von den Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes Vorschläge nach der Richtung gemacht, daß das Einkommen des Angestellten, soweit es sich am Ende des Monats ergeben habe, auch im folgenden Monat weiter gezahlt wird und daß in jeder Woche des neuen Monats ein Zuschlag gezahlt werde, der sich aus dem Anwachsen oder dem Rückgang der Indexziffer errechnen lasse. Die von beiden Seiten gemachten Vorschläge werden von den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften geprüft und in einer neuen Konferenz zur Besprechung gelangen.

Die neuen Tarife.

Oppeln 23. August. Die deutsche Reichsbahn führt ab 1. September d. Js. wertbeständige Personen-, Gepäck- und Expreßgutarife ein, d. h. die Fahrpreise und Frachtsätze werden in Grundpreisen ausgedrückt, die mit einer jeweils bekanntzugebenden Schlüsselzahl vervielfacht werden und auf diese Weise den Erhebungsbetrag erheben. Die Grundpreise für 1 km Eil- und Personenzug werden betragen:

für die 1. Klasse 19,8 Pfg.,
für die 2. Klasse 9,9 Pfg.,
für die 3. Klasse 3,3 Pfg.,
für die 4. Klasse 2,2 Pfg.,
für Militär 1,0 Pfg.

Die Grundpreise für Schnellzugzuschlagskarten betragen in Zone:

Die Sonderzuschläge für Fernschnellzüge werden auf 20 Mark in der 1. Klasse und 10 Mark in der 2. Klasse und für kürzere Läufe auf die Hälfte festgesetzt.

Der Preis der Monatskarten wird nach 20 Einzelfahrten, der der Schülermonatskarten nach 10 und der der Wochenkarten vierter Klasse nach 5 Einzelfahrten berechnet.

Die Bettkartenpreise werden bis auf weiteres nicht in Grundpreisen ausgedrückt, sondern wie bisher nach dem Erhebungsbetrag bekanntgegeben.

Die Expreßfracht entspricht wie bisher dem um 60 Prozent erhöhten Eilguttarif.

Auch die in den Personen- und Gepäcktarifen, Teil 1 und 2, enthaltenen Gebühren werden auf Grundgebühren zurückgeführt, die jeweils mit derselben Schlüsselzahl wie die Fahrpreise zu vervielfältigen sind.

Die ab 1. September d. Js. anzuwendende Schlüsselzahl wird noch bekanntgegeben werden.

Oesterreich schreitet auf dem Wege der Sanierung weiter fort.

Rom, 23. August. Der bekannte österreichische Finanzminister Castiglioni, hat mit führenden italienischen Parlamentariern und Finanzleuten eine längere Besprechung gehabt, der man in informatorischen Kreisen außerordentliche Bedeutung beimißt.

Lutherischer Weltkonvent.

Eisenach, 20. August. Unter Teilnahme von 200 Abgeordneten aus fünf Erdteilen wurde heute der lutherische Weltkonvent eröffnet. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Landesbischof D. Ihmels und die städtischen und kirchlichen Behörden dankte der schwedische Erzbischof Söderblom, der den Weltkonvent als einen großen Erfolg bezeichnete. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Vortrag von Professor Morehead-Newyork, dem Organisator der Europahilfe der amerikanischen Lutheraner, über die gegenseitige Hilfeleistung der lutherischen Kirchen. Er bezifferte dabei die amerikanische Hilfe auf ca. 2¼ Millionen Dollar seit dem Kriege, während Erzbischof Söderblom für seine Kirche 10 Millionen Dollar angab.

Das Fiasko eines kommunalisierten Betriebes.

Berlin, 23. August. Der Aeltestenausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern abend folgenden Beschluß gefaßt: Der Magistrat und die Verkehrsdeputation möge sofort alle technischen Möglichkeiten erwägen, die zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Straßenbahn, besonders zur Verminderung ihrer Unkosten, beitragen können. Der Aeltestenausschuß hält eine vorübergehende Stillegung der Straßenbahn und die Kündigung des gesamten Personals für unvermeidlich. Der Aeltestenausschuß betont, daß die Stillegung im gegebenen Falle nur vorübergehend sein darf, bis die Ueberführung der Straßenbahn in eine andere Wirtschafts- und Betriebsform geschehen ist. Dieser Beschluß, dem der Magistrat in später Nachtstunde beigetreten ist, konstatiert den völligen Zusammenbruch des Verkehrswesens. Ueber die zu schaffende neue Betriebsform, ob Stadt G.m.b.H., oder Aktiengesellschaft konnte der Aeltestenausschuß sich gestern nicht einigen und auch der Magistrat hat diese Frage noch offen gelassen.

Auflösung des deutschen Bauernvereins in Polen.

Danzig, 22. August. Am Sonnabend wurde dem Vorstand des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine in Posen amtlich mitgeteilt, daß der Verein aufgelöst sei, weil nach positiven Angaben, die Durchsicht der bei der Haussuchung mitgenommenen Papiere, die Identität des Hauptbauernvereins mit dem Deutschtumsbund sich ergeben hat. Diese Begründung der Maßnahme rief größte Verwunderung hervor, denn Deutschtumsbund und Hauptbauernverein sind bekannter Weise, durchaus selbstständige Organisationen, mit durchweg grundverschiedenen Zielen, zwei Vereine, bei denen jeder seinen besonderen Vorstand, seine besonderen Satzungen und seine besonderen Kassen hat. Es ist selbstverständlich, daß der Hauptverein der deutschen Bauernvereine unverzüglich alle Schritte tun wird, die eine baldige Wiederaufnahme seiner Tätigkeit erhoffen lassen.

Deutschland soll in den Völkerbund

London, 23. August. Wie bereits gemeldet, tritt am 30. August der Völkerbundsrat unter dem Vorsitz des Grafen Ishii in Genf zusammen. U. a. steht auf der Tagesordnung auch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund, für die insbesondere Lord Robert Cecil und General Smuts aus der Erwähnung heraus eingetreten, daß dann der Völkerbund eher in der Lage sein werde, eine wirksame Lösung des Reparations- und Ruhrproblems und der wirtschaftlichen Lage Europas einzuleiten.

Tschechische Kritik am neuen Kabinett.

Prag, 23. August. Die Zeitschrift „Szescoe Slowo", die dem Außenministerium nahe steht, veröffentlicht heute einen Leitartikel, in dem bemerkt wird, daß das Kabinett Stresemann die Erwartungen Europas nicht erfüllt habe. Speziell dem Finanzminister wurde vorgeworfen, daß er durch sein unglaubliches Schweigen den weiteren Sturz der Mark mitverschuldet habe. Die Situation verschlechterte sich und der einzigste Ausweg aus dem Labyrinth der Nullen sei eine neue Währung und die Errichtung auf kaufmännischer Grundlage aufgebaute Notenbanken. Die Welt wolle endlich wenigstens die Art und Weise der Regulierung der Verhältnisse erfahren. Ratschläge werden von allen Seiten reichlich zur Verfügung gestellt, es könne kein Mangel daran herrschen. Es handele sich lediglich darum, schnell zuzugreifen. Die Welt wolle wissen, daß ein Führer existiert, der ohne